

# Gehemmte Bürger-Energiewende

Ruderting, den 27.07.2016

## Bei Eigenstromverbrauch nicht ins öffentliche Stromnetz rückspeisen

Aus steuerrechtlicher Sicht ist es sinnvoller, bei Eigenstromverbrauch nicht in das öffentliche Stromnetz rückzuspeisen, wenn sich PV-Anlage, Speicher und Eigenstromverbrauch betriebs- und volkswirtschaftlich rentieren sollen. Das war die Kernaussage beim Vortrag von Diplomingenieur (FH) Josef Pauli beim 17. BürgerEnergieStammtisch im Gasthaus Billinger in Sittenberg.

Johannes Schmidt hatte zuvor die vom Bundestag verabschiedete neue Erneuerbare-Energien-Gesetzes-Novelle kritisiert. In den Fachverbänden sei dies „ein Tag der klimapolitischen Heuchelei“. Obwohl das Engagement für eine vom Bürger mitgetragene Energiewende anscheinend politisch nicht erwünscht sei, dürfe man dabei nicht nachlassen.

Im Rückblick ging Schmidt auf den im Juni veranstalteten „Tag der Sonne und Pellets“ mit der Dorffachmesse ein. Insgesamt wurde die Veranstaltung positiv bewertet. Schmidt kündigte an, dass der 18. BürgerEnergieStammtisch am 13. September stattfindet mit dem Thema Baubiologie und Verträglichkeit von Elektromagnetischer Strahlung. Für den 19. Stammtisch am 11. Oktober sei die Thematik „Gesunde Ernährung und Gentechnik in Lebensmitteln“ vorgesehen. Außerdem empfehle der BürgerEnergie-Stammtisch die Teilnahme an der Großdemonstration gegen CETA, TTIP und TISA am 17. September in München. Es könnte eine gemeinsame Anfahrt organisiert werden.

Angeregt wurden auch Exkursionen zu Biohöfen und Biogasanlagen. Der Landkreis-Klimaschutzbeauftragte Peter Ranzinger schlug vor, sich über neue Biogaspflanzen zu informieren.

Einen Zwischenbericht über die Rentabilität seiner neu installierten PV-Anlage brachte Team-Mitglied Erich Käser aus Sittenberg ein. Aus seiner Sicht arbeitet die Anlage jetzt in den Sommermonaten rentabel, für die Wintermonate müsse er noch Erfahrungen sammeln. Eine Solaranlage mit Speicher bringe derzeit mehr als ein Sparbuch, stellte Käser fest.

Im Fachvortrag von Dipl. Ing. (FH) Josef Pauli wurde aufgezeigt, dass die gesetzlichen Grundlagen wie das Energiewirtschaftsgesetz, das Erneuerbare EnergieGesetz, das Stromsteuergesetz, die Stromnetzentgeltverordnung und das Strommarktgesetz eine bürgerfreundliche Energiewende eher hemmen als fördern. Aus steuerlicher Sicht könnte es sinnvoller sein, nicht ins öffentliche Versorgungsnetz zurückzuspeisen. Dadurch wird die Dimensionierung bei Eigennutzung des Stromes mit einer PV-Anlage kleiner und die Speicherkapazität eines Stromspeichers wesentlich größer. Bei kleinen Verbrauchseinheiten ist dies betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich fragwürdig.

Bei Eigenstromverbrauch bewege man sich im Niederspannungsbereich und sei Letztverbraucher. Da ergebe sich eine sinnvolle und effiziente Alternative, die noch zu wenig genutzt werde. Stromerzeuger und zugleich Stromverbraucher müssten sich vor Ort organisieren und den eigenerzeugten Strom gewinnbringend verbrauchen. Dies bedeutet konkret, gemeinsam einen Zweirichtungszähler zum örtlichen Netzbetreiber zu nutzen und diesen auch als Nutzergemeinschaft zu betreiben. Auch Kommunen könnten dies durch erleichterte Nutzungsbedingungen fördern. *red*